

Gemeinsam für gute Pflege

(Positionspapier nach der Woche der Pflege der CDU-Landtagsfraktion April 2019)

(Stand: Beschlussvorlage AK GPD für Fraktion 15.5.2019)

I

Pflege ist vielfältig, anspruchsvoll und verantwortungsvoll. Pflegenden unterstützen Menschen in Phasen ihres Lebens, in denen sie ihre Hilfe brauchen.

Der Bedarf an Pflege steigt. Pflegepersonen und Pflegekräfte stehen hinter ihrer Arbeit und für gute Pflege ein. Dafür müssen die Rahmenbedingungen stimmen. Es ist Aufgabe der Politik, Voraussetzungen für gute Pflege zu schaffen.

Mit der Woche der Pflege hat die CDU-Landtagsfraktion ihre Wertschätzung für die Pflege dokumentiert. Wir wollten erfahren, was Pflege braucht und erwartet.

Die Abgeordneten der CDU-Fraktion haben dazu das Gespräch und den Kontakt mit der Pflege gesucht. Ziel war es, daraus Folgerungen für gute Pflegepolitik abzuleiten.

II

Wenn Menschen Pflege brauchen, dann brauchen sie gute Pflege. Wenn Menschen pflegen, wollen Sie gut pflegen. **Unser Ziel ist gute Pflege in Angebot und Leistung.**

Gute Pflege ist Pflege, bei der die Zahl der Fachkräfte ausreichend und ihre Ausbildung gut ist. Gute Pflege ist Pflege, in der die Pflegenden ausreichend Zeit haben und ihnen Kraft verbleibt. Gute Pflege ist Pflege, die gerecht vergütet wird. Gute Pflege ist Pflege, die angemessen wertschätzt wird. Gute Pflege ist ein Dauerauftrag an Politik und Gesellschaft. Dabei geht es darum, die Versorgung aufrecht zu halten, sie in der Praxis zu unterstützen, sie nachhaltig zu finanzieren und an Entwicklungen anzupassen.

Wenn es um gute Pflege geht, dann geht es um Menschenwürde und Achtung vor Können und Engagement der Pflegekräfte. Pflege ist nicht irgendeine Tätigkeit. Pflegequalität ist nicht irgendeine Produkt- oder Dienstleistungseigenschaft. Pflege wird anspruchsvoller, weil Pflegebedürftigkeit differenzierter wird. Das Selbstbewusstsein der Pflegenden ist gewachsen und ihnen wird mehr abverlangt. Erwartungen und Anforderungen haben sich verändert. Gute Pflege braucht gute Arbeitsbedingungen.

III

Nach Berechnungen des Statistischen Landesamtes auf der Grundlage des Basisjahres 2015 wird die Zahl pflegebedürftiger Menschen in Rheinland-Pfalz *schon im Alter ab 60 Jahren* bis 2035 um 39 % auf dann 162.000 steigen. Die Zahlen sind auf Grund des Basisjahres als Untergrenze der Entwicklung anzusehen.

Unter dieser Voraussetzung werde allein durch die demographische Altersstrukturverschiebung die Personenzahl in stationärer Pflege um 49% steigen. Für den ambulanten Bereich ergibt sich eine Erhöhung von 38%. (PM Statistisches Landesamt 07.11.2017).

Nach Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der CDU-Fraktion (Drs. 17/8506) ist bereits die aktuelle Situation geprägt vom Fachkräfteengpass. Einrichtungen und Anbieter könnten Stellen zum Teil nur verzögert bzw. zusätzliche Stellen nicht besetzen. Bei dem vorhandenen Pflegepersonal komme es zu Arbeitsverdichtung und einer hohen physischen und psychischen Arbeitsbelastung. Was das wirklich heißt, wissen die Betroffenen nur zu gut.

Pflegebedürftige Menschen und ihre Angehörigen erhalten nach Angabe der Landesregierung i.d.R. die erforderliche Unterstützung. Jedoch könne diese nicht immer zum gewünschten Zeitpunkt bzw. durch den gewünschten Anbieter realisiert werden. Das würden die Betroffenen sicher mit drastischeren Worten ausdrücken.

In Rheinland-Pfalz werde die Versorgung von rd. 44.000 Pflegekräften erbracht. **Der Fachkräfteengpass beträgt ggw. -1.912 Stellen.** Dabei gibt es sektorale und regionale Unterschiede.

Für 2020 werden für Rheinland-Pfalz 2751, für 2025 schon 4338 und für 2030 gar 4945 fehlende Pflegekräfte prognostiziert. Zukünftig wird sich somit die **Fachkräftelücke** in der Pflege auf Grund der demografischen Entwicklung unserer Bevölkerung vergrößern, wenn nicht gegengesteuert wird. Auch hier gibt es regionale und sektorale Unterschiede.

In ihrer Großen Anfrage hat die CDU-Landtagsfraktion auch nach den spezifischen Bedingungen und Problemen in Einrichtungen, der Pflegekräfte und der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen gefragt. Ergänzend wollte sie wissen, welche Voraussetzungen erforderlich sind und was politisch zu tun ist, damit der künftigen Entwicklung entgegen getreten werden kann und welche Konzepte die Landesregierung hierfür hat. Leider verweist die Regierung hinsichtlich der konzeptionellen Fragen überwiegend auf bestehende Maßnahmen und Projekte.

Hierin liegt ein entscheidender Schwachpunkt der Pflegepolitik in Rheinland-Pfalz. Der Satz „Mit den ergriffenen und notwendigen Maßnahmen kann auch in Zukunft eine gute pflegerische Versorgung in Rheinland-Pfalz erreicht werden“ erinnert fatal an Aussagen aus der Vergangenheit zur ärztlichen Versorgung, die durch die Entwicklung widerlegt sind. (Drs. 17/8506, Zitat Frage 10).

IV

„Beim Fachkräftemangel ist es 5 nach 12: Fachkräfte — Fachkräfte – Fachkräfte, der Mangel ist das Schlüsselproblem in der Pflege“ (Zitat aus einer Rückmeldung an die CDU-Landtagsfraktion aus der Woche der Pflege.

Seit über 20 Jahren gibt es die Pflegeversicherung. Zu ihren Voraussetzungen gehört mehr als Beiträge. Pflegebedarf ohne Pflegende geht ins Leere. Ohne die pflegenden Hände in den Familien funktionierte keine Pflegeversicherung.

Die Fachkraftsituation ist im Spiegel der Pflegewoche der Kern der Probleme in der Pflege. Nach der Pflegeversicherung müssen wir an die Pflegesicherung gehen.

1. Die CDU-Landtagsfraktion unterstützt die Pflegestärkungsgesetze des Bundes und begrüßt insbesondere den Ansatz der **Konzertierten Aktion Pflege**. Ihre Aufgabe ist es, im Zusammenwirken der Akteure der Pflege Arbeitsalltag und Arbeitsbedingungen in der Pflege spürbar zu verbessern, die Pflegekräfte zu entlasten und die Ausbildung in der Pflege zu stärken. Hierzu sollen konkrete Maßnahmen zu Ausbildung und Qualifizierung, Personalmanagement, Arbeitsschutz und Gesundheitsförderung und innovativen Versorgungsansätzen erarbeitet werden. Damit werden die bereits ergriffenen Maßnahmen des Bundes ergänzt. Die Pflege setzt Hoffnung in die Konzertierte Aktion. **Die CDU-Fraktion erwartet, dass die Ergebnisse im Sinne der Pflege konsequent aufgearbeitet werden.**
2. Die CDU-Landtagsfraktion befürwortet grundsätzlich die rheinland-pfälzische Vereinbarung zur **Fachkräfte- und Qualifizierungsinitiative Pflege 2.0**, jedoch hat die Landesregierung die Dringlichkeit des Problems unterschätzt und entwickelte kein rechtzeitiges Programm mit unmittelbarer Wirkung für die pflegerische Versorgung. Das wird auch in der Pflege so wahrgenommen. Ein Schwerpunkt muss hier auf der besseren Gewinnung und Integration ausländischer Pflegekräfte liegen. Die ursprüngliche Initiative hat nicht alle Erwartungen erfüllt. **Die Personalsituation in der Pflege muss auch im Land wirksam verbessert werden.**
3. Die Generalistik der **Pflegeausbildung** ist ein entscheidender Umbruch. In der Woche der Pflege wurde die Sorge artikuliert, dass die Altenpflege hier im Gesamtbild zu kurz kommt. Es werde auch zu wenig über die Neuerungen in der Ausbildung informiert. Nach Angaben der Landesregierung in Vorlage 17/4412 wird die Umsetzung des Pflegeberufereformgesetz in Rheinland-Pfalz von einer Steuerungsgruppe und einer AG Finanzierung begleitet. Weitere themenbezogene Arbeitsgruppen gehören dazu. Die landesrechtlichen Voraussetzungen für die Umsetzung der Pflegeausbildung nach dem

Bundesgesetz sollen im Jahr 2019 geschaffen werden. **Die Landesregierung muss diese Arbeiten jetzt zügig vorantreiben und abschließen und die Betroffenen einbinden.**

4. Das Modell der **Gemeindeschwesterplus** wurde in der Pflegewoche kritisch thematisiert. Pflegestützpunkte erfüllen bereits heute entsprechende aufsuchende Aufgaben im Vorfeld der Pflegebedürftigkeit. Das Projekt **Pflegemanager** kommt nach Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der CDU-Fraktion nicht voran und bindet unnötig Kräfte (Drs. 17/8448). Einen vielversprechenden Ansatz lernte die Fraktion in der Pflegewoche in Form des Freundeskreises eines Mainzer Pflegestützpunktes kennen, in dem ehrenamtliche Helfer mit Unterstützung des Pflegestützpunktes Möglichkeiten zur Stärkung der Selbständigkeit der Menschen in ihrem Umfeld erkunden. **Insgesamt sollte die Landesregierung ihre Ressourcen gezielt auf die Stärkung vorhandener Strukturen konzentrieren. Das käme der Pflege besser zu gute.**
5. Die **Fachkraftquote** nach dem Landesgesetz für Wohnformen und Teilhabe (LWTG) wurde in der Pflegewoche diskutiert. Nach § 14 (2) der Landesverordnung dazu ist in Einrichtungen mit umfassendem Leistungsangebot bei der Personalbemessung sicherzustellen, dass im Jahresdurchschnitt insgesamt mindestens die Hälfte der vorgesehenen Kräfte Fachkräfte sind (Fachkraftquote), soweit in den Vereinbarungen oder Rechtsverordnungen keine andere Fachkraftquote festgelegt ist. Pflege ist vielfältig. Eine so starre Quote wurde als unangemessen empfunden. **Mehr Flexibilisierung wird gewünscht. Diesem Wunsch muss sich die Landesregierung öffnen.**
6. Die **Dokumentationspflichten** in der Pflege werden nach wie vor als bürokratisches Hemmnis erlebt. Sie kosten für die Pflegekräfte viel Zeit und Kraft. **Im Vorgriff auf zu erwartende Ergebnisse der Konzertierte Aktion Pflege sollte die Landesregierung im Kontakt mit den Pflegekräften und den Einrichtungen und Diensten Entbürokratisierungswünsche zusammenstellen und Möglichkeiten ihrer Umsetzung klären.**
7. Pflege erwartet zu Recht, dass Politik ihr **Wertschätzung** entgegenbringt und dazu auch gut über sie spricht und so zu einem besseren Image des Pflegeberufs beiträgt. Aber die Pflege selbst ist auch aufgefordert, ihr eigenes Berufsbild und ihr Profil zu schärfen. In der Pflegewoche wurden hier Erwartungen in die Potentiale einer Pflegekammer gesetzt. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten sollte die Landespflegekammer hier einen noch klareren Schwerpunkt setzen. **Die CDU-Fraktion ist Befürworter und Partner der Kammer und setzt sich für eine Pflegekammer auf Bundesebene ein.**
8. Aktuell wird eine Diskussion über die Kosten für vollstationäre Pflege in Rheinland-Pfalz, über die Kostenbestandteile und insbesondere auch die **Eigenanteile** der Einrichtungsbewohnerinnen und Einrichtungsbewohner geführt. Das war auch Thema in der Pflegewoche. Die Investitionsförderung für stationäre Pflegeeinrichtungen in Rheinland-Pfalz wurde 2003 abgeschafft. Als Landesregierung jetzt allein die Entwicklung zu

beobachten (Drs. 17/8950), reicht vor diesem Hintergrund nicht aus. **Die CDU-Fraktion ist dafür, die Möglichkeiten des Landes zur Begrenzung der Eigenanteile in der Pflege durch Wiederaufnahme der Investitionsförderung zu nutzen.**

9. Durch die Pflegestärkungsgesetze wurden Angebote zur **Unterstützung im Alltag** für Menschen mit Pflegebedarf neu geregelt und aufgewertet. Sie tragen dazu bei, Pflegepersonen zu entlasten, und helfen Pflegebedürftigen dabei, möglichst lange in der vertrauten Umgebung zu bleiben. Aus der Antwort auf eine Große Anfrage der CDU-Fraktion geht hervor, dass das Angebot in Rheinland-Pfalz noch nicht ausreichend und auch regional sehr unterschiedlich ist (Drs. 17/6324). Die Ursachen hat die Regierung nicht ergründet. Fragen um die Förderung von Selbständigkeit wurden in der Pflegeweche angesprochen. Die Landesregierung muss aktiv werden und eine Bedarfs- und Angebotsanalyse durchführen und die entsprechende Landesverordnung evaluieren. **Eine Überprüfung muss insbesondere im Hinblick auf Möglichkeiten zur Erweiterung des Anbieterkreises erfolgen.**

10. Eine Botschaft der Pflegeweche war das Anliegen, junge Menschen stärker für den Dienst an der Gesellschaft und für eine **Tätigkeit für Menschen** zu sensibilisieren. Hierzu gehört die Diskussion über ein verpflichtendes Soziales Jahr und gehören davon unabhängig insbesondere mehr Kontakte von Schulen zu Pflegeeinrichtungen, um junge Menschen frühzeitig an diesen so wichtigen Beruf heranzuführen. Die Landesregierung ist hier in der Pflicht, Schulen entsprechend dabei zu unterstützen. Nach den Ergebnissen der Enquete-Kommission „Pflege“ in Baden-Württemberg aus Anfang 2016 ist ein noch unterschätzter Aspekt bei der Personalgewinnung für die Pflege die Bedeutung von sozialer Verantwortung im Schulalter (Drs. 15/7980). Erfahrungen hierbei können dazu führen, dass die spätere Berufswahl auf die Pflege fällt. Entscheidend sind hierbei die Mitwirkung und das positive Beispiel der Pflegeeinrichtungen, über Arbeitsbedingungen Pflege als eine erfüllende Arbeit zu vermitteln. **Die CDU-Fraktion befürwortet eine politische Entscheidung zu einem sozialen Pflichtjahr und misst der Pflege hierbei größte Bedeutung für seine Begründung und für den sowohl individuellen, als auch gesellschaftlichen Ertrag bei.**